

STEIRISCHE Volksstimme

Ausgabe 2, April 2022 • Österreichische Post AG

www.kpoe-steiermark.at

Periodisches Infoblatt der steirischen KPÖ



Energie-Wucher beenden KPÖ-Vorschläge für leistbare Energiepreise

Seite 2 - 3



**ES GIBT
VIELE GUTE GRÜNDE
AM 1. MAI
AUF DIE STRASSE
ZU GEHEN!**

1. MAI GRAZ MARIAHILFER PLATZ-10 UHR
Fest im Volkshaus Graz ab 13 Uhr

Demonstration und Maifest

AUFRUF der
KPÖ Steiermark und
Programm des Maifestes
Seite 6-7

+40%
in 11 Jahren ...

...so stark sind die Mieten in der Steiermark gestiegen.

In derselben Zeit hat die ÖVP-SPÖ-Landesregierung die Wohnbeihilfe (seit 2016: Wohnunterstützung) nicht mehr erhöht. Ganz im Gegenteil: 2011 betrug die maximale Förderhöhe für einen Ein-Personen-Haushalt noch 182 Euro. Seit 2012 sind es nur noch 143 Euro. Darum braucht es dringend eine Erhöhung der Wohnunterstützung und eine Ausweitung des Bezieher:innenkreises!

Dass es diese Beihilfe überhaupt braucht, liegt daran, dass die Entwicklung der Einkommen schon lange nicht mehr mit den Mietsteigerungen mithalten kann. Der „freie Markt“ ist offensichtlich nicht in der Lage, die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Stattdessen schießen Mieten in die Höhe, mit Baugrund und Wohnungen wird spekuliert. Anstatt schönen, leistbaren Wohnraum zu schaffen, wird zur Geldanlage gebaut. Von diesen Entwicklungen profitieren nur die Immobilienkonzerne, Investoren und große Vermieter.

Damit muss endlich Schluss sein. Wohnraum darf nicht als Spekulationsobjekt werden. Darum muss der „freie Wohnungsmarkt“ zurückgedrängt und der öffentliche Wohnbau stark ausgebaut werden. Das Grundrecht auf leistbares Wohnen muss im Vordergrund stehen, nicht die Profitmacherei!



Energiepreise expl Regulierung dringend not

Die Kosten für Strom, Gas und Heizung haben sich in den letzten Monaten massiv erhöht. Gut die Hälfte des Preisanstieges bei der Energie resultiert aus Spekulation.

Zudem orientiert sich der Strompreis in der EU am Preis der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken, während in Österreich ein Großteil des Stroms aus Wasserkraft gewonnen wird. Dieses System gehört dringend umgestellt. Die KPÖ hat im Landtag zahlreiche gute Vorschläge gemacht, wie man den Strompreis wieder einfangen könnte.

Rückkauf der Energie-Steiermark

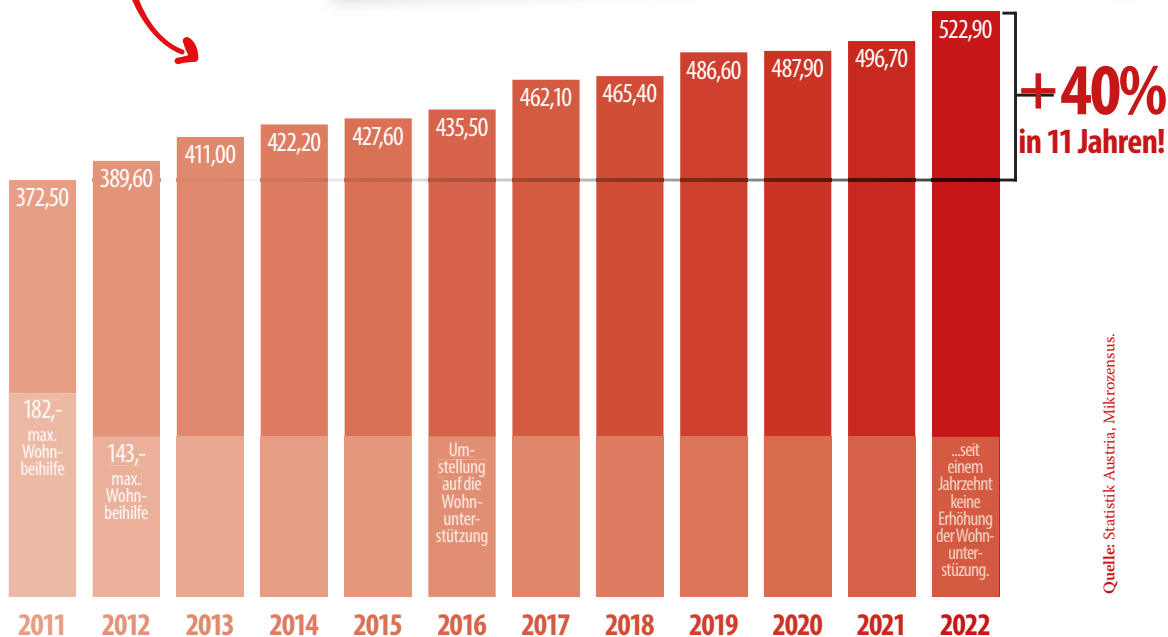
Nach langem Hin-und-Her hat die Landesregierung erkannt, dass der Vorschlag der KPÖ, die 25-Prozent-Anteile eines australischen Finanzinvestors an der

Energie-Steiermark zurückzukaufen, doch keine „Verstaatlichungsphantasie“ ist, sondern dem Land Möglichkeiten für eine zukünftige Energiestrategie bietet. „Der Rückkauf der Energie Steiermark bietet die Chance, dass das Land Modelle für günstigeren Strom und eine leistbare Fernwärmeversorgung entwickeln kann. Denn was es braucht ist eine Entlastung der Steierinnen und Steierer!“ so KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Besonders Pikant: Hätte man bereits im Jahr 2015 auf die KPÖ gehört, hätte sich das Land mehr als 370 Millionen Euro ersparen können, rechnet Murgg vor.

Strompool Austria

Um die Energiepreisentwicklung in Zukunft wieder einzufangen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden. Die KPÖ hat gemeinsam mit Experten bereits im vergangenen Sommer unter dem Titel „Strompool Austria“ ein neues Strommarktmodell vorgestellt, das die Energiekosten durch die Einführung eines preisregulierten Stromtarifs nachhaltig senken würde. Bedauerlicherweise halten sowohl Bundesregierung als auch EU am fatalen Merit-Order-System fest, bei dem der gesamte Strompreis durch das teuerste einspeisende Kraftwerk bestimmt wird. Damit ist auch Strom aus Wasserkraft, Windkraft und anderen erneuerbaren Energiequellen enorm teurer geworden, obwohl sich die Erzeugungskosten kaum erhöht

SO HABEN SICH DIE MIETEN IN DER STEIERMARK SEIT 2011 VERTEUERT!



Durchschnittliche Miete inkl. Betriebskosten pro Wohnung in Euro.

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus.

Modieren – wendig!


KPÖ

satte 85 Prozent steigern konnte. Hier braucht es Übergewinnsteuern, Energiepreisbremsen und generelle Preisobergrenzen.

Heizkostenzuschuss erhöhen und ausweiten

In Zeiten wie diesen brauchen die Menschen mehr Unterstützung! Bei den Sozialleistungen des Landes, etwa beim Heizkostenzuschuss, schauen viele durch die Finger. Das liegt daran, dass die Einkommensgrenzen viel

zu niedrig sind. Was auch völlig unverständlich ist: Die Wohnunterstützung wurde seit 12 Jahren nicht mehr erhöht! Während Abgaben und Gebühren laufend teurer werden, kürzt man so bei all jenen, die es am schwersten haben. Es braucht eine generelle Erhöhung der Leistungen des Landes und eine Ausweitung des Bezieher:innenkreises. Einmalzahlungen können strukturelle Probleme nicht lösen.

Graz erhöht Energiekostenzuschuss

Die Stadt Graz, hier stellt die KPÖ mit Elke Kahr die Bürgermeisterin, weitet angesichts der Teuerung ihre Unterstützungsleistungen massiv aus. Beispielsweise wird der Energiekostenzuschuss von 75 auf 100 Euro pro Haushalt angehoben und bürokratische Hürden abgebaut. Wer die SozialCard besitzt, erhält den Betrag ohne Antrag.

haben. Die Energiekonzerne dürfen sich über enorme Profite freuen. Finanziert werden diese Gewinne von allen Stromkunden. Die KPÖ sagt: Schluss mit dem Aussackeln!

Regulierung und Preisdeckel

Steigende Preise sind kein Naturgesetz, Preise werden mit Absicht erhöht! Es stimmt zwar, dass sich gerade die Energiepreise stark erhöht haben. Das hat vor allem mit einer starken Abhängigkeit von russischem Gas, aber auch mit den Sanktionen gegen Russland zu tun. Ein Gutteil des Preisanstieges kommt aus der künstlichen Verknappung und der Preisspekulation der Energiekonzerne. Diese Unternehmen fahren jetzt Rekordprofite ein, wie das Beispiel OMV zeigt, welche ihren Nettogewinn 2022 im Vergleich zum Vorjahr um



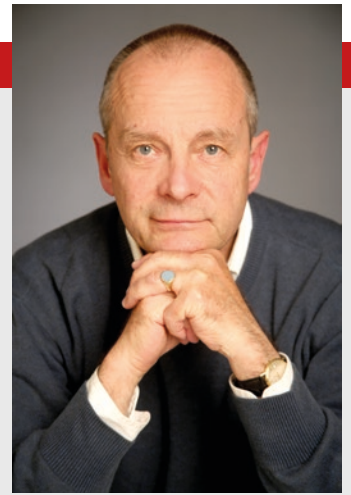
KLEIN, aber MIT BISS

Wenn ich einen Fehler mache, muss ich dafür geradestehen.
Wenn Politiker Fehler machen, muss die ganze Bevölkerung dafür geradestehen.

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Von Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
und -Stadtrat in Leoben



Energie Steiermark Rückkauf: KPÖ-Forderung umgesetzt

Ich habe bereits vor Monaten darauf hingewiesen, daß ein Rückkauf der von Macquarie gehaltenen 25 Prozent überlegt werden soll, damit wir bei unserem Landesenergieversorger wieder Herr im eigenen Hause sind. Damals wurden meine Vorschläge als „Verstaatlichungsphantasien“ lächerlich gemacht und ein dahingehender Antrag im Landtag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Neos mehrheitlich abgelehnt.

Aber schließlich konnte auch die ÖVP-SPÖ Landesregierung unsere Argumente nicht mehr übergehen: Der Erwerb dieses Anteils belastet das Landesbudget nicht, da die Rückzahlung des aufgenommenen Darlehens locker mit der nun größeren Dividende bedient werden kann. Behauptungen von FPÖ und Neos – beide haben im Landtag zum Rückkauf nein gesagt –, damit würde das Land endgültig in die Schuldenfalle geraten, sind deshalb schlichtweg Unsinn!

Im übrigen haben wir bereits 2015, damals hat der Minderheits-eigentümer EdF angekündigt seinen Anteil verkaufen zu wollen, im Landtag den Rückkauf durch das Land gefordert. Hätte man bereits damals auf uns gehört, wäre der Rückkauf um 370 Millionen Euro billiger gekommen. So viel zur wirtschaftlichen Kompetenz des damaligen Landeshauptmannes Franz Voves, der uns heute über Medien ausrichtet, was im Land angeblich alles falsch läuft!

Jetzt heißt es gründlich überlegen, was mit dem erworbenen Anteil geschehen soll. Die Suche nach einem strategischen Partner aus der Energiewirtschaft wäre die beste Lösung. Warum nicht offensiv auf den Verbund zugehen? Mit ihm baut die Estag bereits gemeinsam Wasserkraftwerke und bezieht Fernwärme für Graz aus dem Verbundkraftwerk in Mellach. Man könnte den 25-Prozent Anteil an den Verbund übertragen, dafür den 5,3 Prozent-Anteil der Energie Steiermark an der AHP (Verbund-Wasserkraft) im Gegenwert aufstocken und daraus billigen Verbund-Wasserkraftstrom beziehen, um so die Stromkosten für die steirischen Haushalte zu senken.

Eines darf nicht passieren! Teile der Estag neuerlich an eine „Heuschrecke“ verscherbeln, um schnelles Geld zu lukrieren oder einen Börsegang unseres Landesenergieversorgers planen. Dann könnte es nämlich leicht sein, dass man dann einen unliebsamen Konkurrenten mit einer Sperrminorität im eigenen Hause hat. Schließlich ist die Energie Steiermark nicht dazu da, die „Braut“ Landesbudget zu schmücken, sondern eine nachhaltige Energieversorgung für die Steirerinnen und Steirer zu möglichst günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Pflegekrise: Ein Betriebsrat berichtet

Wolfgang Schwab reicht es: „Was wir Pflegekräfte tagtäglich stemmen müssen, ist einfach nicht mehr zumutbar. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen arbeiten weit über ihrer Belastungsgrenze.“

Kein Wunder, dass immer mehr den Hut draufhauen und ihrem Herzensberuf den Rücken kehren. In der Pflege müssen endlich bessere Personalschlüssel, mehr Ausbildungsplätze und höhere Gehälter her, bevor wir endgültig in einen Pflegenotstand schlittern!“

Von der Landesregierung erwartet sich Wolfgang Schwab, der Betriebsratsvorsitzender in einer steirischen Pflege-Einrichtung ist, aber keine Verbesserungen. ÖVP und SPÖ haben lange Jahre nur zugeschaut und die Probleme im Pflegewesen kleingeredet.

Darum hat Schwab vergangenes Jahr gemeinsam mit der KPÖ Steiermark eine Pflege-Petition gestartet. Unter dem Motto „Geht’s der Pflege gut, geht’s uns allen gut!“ haben Pflegekräfte und KPÖ-Aktivistinnen in der ganzen Steiermark Unterschriften gesammelt, um den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen. Auch vor dem Landtag wurde mehrfach lautstark protestiert. Das sensationelle Ergebnis: 12.154 Unterschriften für gute Pflege! Diese hat Wolfgang Schwab mit Kollegen aus dem KPÖ-Arbeitskreis Gesundheit & Pflege Ende Dezember an Landeshauptmann Drexler übergeben: „Das ist aber kein Schlusspunkt, sondern erst der Anfang. Wir bleiben weiter dran und werden weiter hartnäckig für echte Verbesserungen in der Pflege eintreten – im Landtag und auf der Straße!“



Betriebsrat Wolfgang Schwab übergab dem Landeshauptmann 12.154 Unterschriften für eine bessere Pflege.

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass für die **Rettung von Banken** in Windeseile hunderte Milliarden Euro aufgestellt werden. Für die Rettung unseres Lebensstandards ist aber kein Geld da.

...dass die **EU als Friedensprojekt** kläglich gescheitert ist. Jetzt befasst sie sich mit Aufrüstung und Waffenexport. Auch die immerwährende **Neutralität Österreichs** wird von Politikern, Medien und selbsternannten Experten untergraben.

...dass der französische Präsident Macron ohne mit der Wimper zu zucken das Parlament übergangen hat, um seine

Pensionsreform über die Bühne zu bringen. Die Demonstrationen gegen die Erhöhung des Pensionsalters von 62 auf 64 dauern immer noch an.

...dass Bundeskanzler **Nehammer** in seiner Rede Selbstbeweihräucherung als Visionen verkaufen wollte. An unser tägliches Leben hat er dabei nicht gedacht.

...dass die Regierung beim Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) kürzt. Mit den FLAF werden **Familienleistungen** finanziert. Dieser vom Dienstgeber abzuführende Steueranteil wird ab 2024 um 0,2 Prozent gekürzt, Unternehmen können

aber schon jetzt weniger Steuer abführen. Wenn wir Lohnsteuerzahler uns das auch erlauben würden?



Wenn Sie in einem Gesundheits- oder Pflegeberuf arbeiten und aktiv für bessere Arbeitsbedingungen werden wollen, möchten wir Sie herzlich einladen, in unserem Arbeitskreis Gesundheit & Pflege mitzumachen: Schreiben Sie uns bitte einfach eine Mail an pflege@kpoe-steiermark.at

STEIRISCHE Volksstimme
Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock.
 E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.
Druck und Versand: Druckwerk 6, 8605 Kapfenberg

Gesundheitsversorgung: Landesregierung muss endlich handeln!

Kürzungen und Einsparungen: das ist die Konstante in der Gesundheitspolitik der steirischen Landesregierung. Was bedeutet das für eine flächendeckende Versorgung? Die Volksstimme sprach darüber mit dem Grazer Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer.

Volksstimme: Die Meldungen über Missstände im Gesundheitsbereich reißen nicht ab. Drohen weitere Schließungen?

Robert Krotzer: Die Spitalbetten sollen nach Plänen der ÖVP-SPÖ-Landesregierung bis 2025 im Vergleich zu 2014 um 950 reduziert werden. Weitere massive Einschnitte sollen folgen: Im Endeffekt soll noch sieben steirischen „Leitspitäler“ übrigbleiben, das bedeutet die Schließung von zehn bis dreizehn Krankenhäusern. Darunter leidet die wohnortnahe Versorgung, weil zudem der Aufbau von Alternativen kaum

oder unzureichend erfolgt. Auch steigt der Arbeitsdruck bei den Beschäftigten, weil es permanent zu wenig Personal gibt. Wir brauchen dringend grundlegende Änderungen für die Menschen, die in der Pflege arbeiten. Wir brauchen vernünftige Personalschlüssel und faire Bezahlung.

Volksstimme: Oft werden Einsparungen und Kürzungen mit den angeblich „explodierenden Gesundheitsausgaben“ begründet. Fehlt es an Geld für Verbesserungen?

Krotzer: Tatsächlich fließt viel

Geld in unser Gesundheitssystem. Sieht man sich aber das Bruttoinlandsprodukt an, sind die laufenden Gesundheitsausgaben in Wahrheit ziemlich stabil: Ohne Langzeitpflege machten sie im Jahr 2000 8,0 Prozent des BIP aus, 2010 waren es 8,6 Prozent des BIP und 2017 8,9 Prozent. Das muss uns die Gesundheit wert sein.

Volksstimme: Wie könnten Auswege aus dieser Situation aussehen?

Krotzer: Man darf die Probleme nicht leugnen oder kleinreden. Es wird Veränderungen brauchen. Wichtig ist aber, dass diese nicht auf Kosten der Versorgung oder der Beschäftigten passieren. Die Landesregierung muss endlich aufwachen und handeln – man kann sich nicht einfach drüber-

**Im Interview:
Robert Krotzer,
KPÖ Stadtrat
in Graz**



FOTO: KPÖ

schummeln. Es braucht dringend mehr Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen. Von den hundert angekündigten Primärversorgungszentren wurden bisher nur 13 realisiert, so können Schließungen unmöglich ausgeglichen werden. Auch wären die hundert Millionen für das sogenannte Leitspital in Liezen besser in die bestehenden Krankenhäuser in Schladming, Bad Aussee und Rottenmann investiert.

Zuhause alt werden

„Grazer Pflegemodell“ kommt ab 1. Juli steiermarkweit

Mit 1. Juli ist niemand mehr gezwungen, in ein Pflegeheim zu gehen, weil mobile Pflegedienste zu teuer sind.

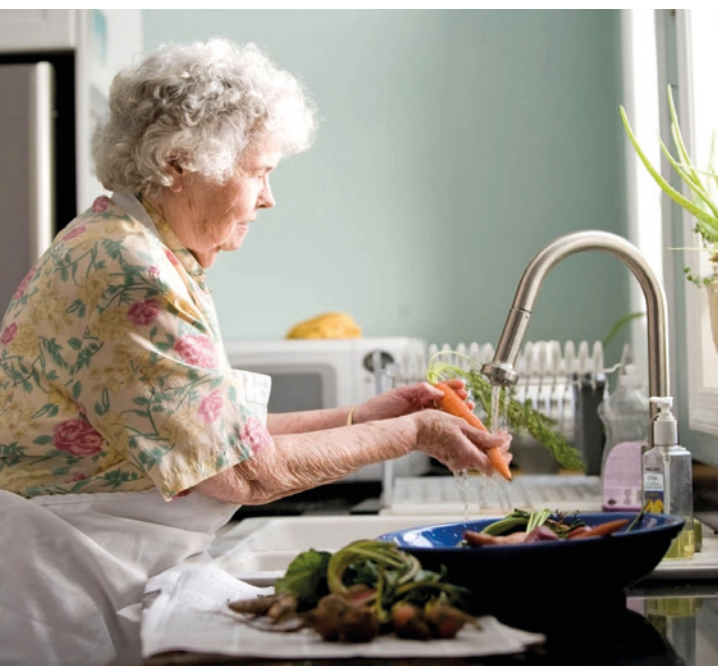


FOTO: UNSPLASH/CDC

Grundlage dafür ist das Kliententarifmodell der Stadt Graz, das von KPÖ-Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** 2018 eingeführt wurde. Die KPÖ hat sich im Landtag dafür eingesetzt dieses Modell auf die ganze Steiermark auszuweiten. Mit Erfolg: Ab 1. Juli wird die Regelung steiermarkweit umgesetzt. „Für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen ist das eine wichtige Verbesserung: Niemand wird mehr aus finanziellen Gründen gezwungen sein, in ein Pflegeheim zu gehen“, ist KPÖ-LAbg. **Claudia Klimt-Weithaler** erfreut.

Die KPÖ-Landtagsabgeordnete weist darauf hin, dass diese Neuerung zum Vorteil aller ist: „Viele Pensionistinnen und Pensionisten haben ein Leben lang hart gearbeitet und bekommen trotzdem nur eine kleine Pension. Es wäre ungerecht,

wenn sie nur deshalb nicht in ihrem Zuhause bleiben könnten.“ Das neue Pflegemodell schafft diesen Missstand aus der Welt. Die Erfahrungen in Graz zeigen: Wenn Menschen länger in ihrem eigenen Zuhause bleiben können, ist das nicht nur gut für sie – auch die öffentliche Hand erspart sich Kosten: Ein Platz im Pflegeheim ist wesentlich teurer als mobile Dienste.

Was das neue Pflegemodell bedeutet? Pflegebedürftigen Menschen, die mobile Dienste in Anspruch nehmen, bleibt jedenfalls die Mindestpension von 1.053 Euro für die Miete und den Lebensalltag. Kostet die Hauskrankenpflege mehr, bezahlt die öffentliche Hand die Differenz. So können die Menschen in ihrer eigenen Wohnung bleiben und müssen nicht aus finanziellen Gründen frühzeitig in ein Pflegeheim.

Viele gute Gründe, am 1. Mai auf die

Seit 133 Jahren wird in aller Welt der 1. Mai als Tag der Solidarität und der Widerständigkeit von unten begangen. Dieser Tag ist für uns ein Symbol für soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, ein leistbares Leben und Frieden für alle Menschen. Heute ist es notwendiger denn je, dafür auf die Straße zu gehen. Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise. Pandemie, Krieg und Banken-Krisen haben diese weiter verschärft. Für viele wird es immer schwieriger, die Kosten des täglichen Lebens zu tragen, während die Profite der Konzerne und Superreichen ins Unermessliche steigen.

1 Wohnen darf nicht arm machen

Die steigenden Wohnkosten stellen immer mehr Menschen vor existenzielle Probleme. Miete, Heizung, Strom und Betriebskosten: Eine Teuerung

folgt auf die nächste. Während es auf Bundesebene dringend ein neues Mietrecht und niedrigere Mietzinsobergrenzen braucht, bleibt auch die steirische Landesregierung Maßnahmen gegen die hohen Wohnkosten schuldig. Die Wohnunterstützung wurde seit zwölf Jahren nicht erhöht, obwohl sich das Wohnen im selben Zeitraum um mehr als 40 Prozent verteuert hat.

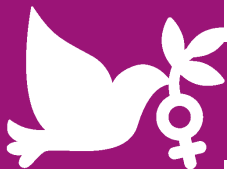
Wohnen ist ein Grundbedürfnis für alle Menschen und leistbares Wohnen ist ein Eckpfeiler einer sozial gerechten Gesellschaft. Gleichzeitig sind die steigenden Wohnkosten ein Hauptpreistreiber. Von den Regierenden in Land und Bund ist bis auf Symbolpolitik und leeren Versprechungen wenig

zu erwarten. Darum braucht es Druck von unten für Mietobergrenzen für alle Wohnungen und eine Ausweitung der Wohnunterstützung.

2 Solidarisch für ein starkes Gesundheitswesen

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, wegen Personalmangel leerstehende Betten und fehlende Ausbildungsplätze zei-

gen, dass im Gesundheitswesen dringender Handlungsbedarf besteht. Die Verantwortlichen in der Landes- und der Bundesregierung wissen seit vielen Jahren um die zahlreichen und schwerwiegenden Probleme – doch es fehlt an entschlossenen Taten! Jede und jeder von uns kann jederzeit in die Situation kommen, im Krankenhaus oder auch in einer Pflegeeinrichtung auf die bestmögliche Hilfe angewiesen zu sein.



Jeder Tag ist Frauentag!

67 Tage pro Jahr gratis arbeiten? Was absurd klingt, ist für Frauen in der Steiermark noch immer Realität. Sie verdienen im Durchschnitt 18,2 Prozent weniger als Männer. Darüber hinaus ist jede zweite Frau in der Steiermark in Teilzeit-Beschäftigung – ein europäischer Spitzenwert. Bei Männern sind es nur jeder achte. Der Grund: Der überwiegende Teil der unbezahlten Arbeit – Haushalt, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, usw. – wird noch immer von Frauen geleistet. Die Konsequenz: finanzielle Abhängigkeit vom Partner und erhöhte Armutsgefährdung. So erhalten Frauen in Österreich um skandalöse 42 Prozent weniger Pension als Männer. Mit 1.264 Euro liegt die durchschnittliche



Frauenpension sogar deutlich unter der Armutsgefährdungsgrenze!

Auf diese tief im kapitalistischen System verwurzelten Benachteiligungen, mit denen Frauen noch immer konfrontiert sind, hat die KPÖ rund um den Internationalen Frauentag hingewiesen. In der ganzen Steiermark haben KPÖ-Aktivist:innen Infomaterial und rote Nelken verteilt – ein Symbol der Frauen- und Arbeiterbewegung.



Straße zu gehen

Um diese gewährleisten zu können, brauchen die Pflegebeschäftigten endlich konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, bessere Gehälter und mehr Ausbildungsplätze. Auch dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße!

3. Gemeinsam für ein leistbares Leben

Die Inflation erreicht Rekordwerte und lag im Februar 2023 bereits bei 11 Prozent. Die Lohnerhöhungen bleiben zurück, während die Gewinne der Konzerne immer weiter steigen, auch weil sie die Preise in die Höhe treiben. Doch steigende Preise sind kein Naturgesetz. Es braucht dringend Regulierungen für die Preise von Energie und Grundnahrungsmitteln. Auch dafür gehen wir auf die Straße!

4. Für Frieden und Neutralität

Der Krieg in der Ukraine geht unvermindert weiter, er bringt Zerstörung und Tod, er zwingt Millionen zur Flucht und verschärft Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine wird in den Ländern der NATO und der EU mit massiver Aufrüstung beantwortet. Alle Seiten drehen an der Eskalationsspirale, bis hin zur Gefahr eines Atomkrieges.

Auch Österreich rüstet auf, beteiligt sich an der Militarisierung der EU und trägt Sanktionen mit, die nicht geeignet sind,

den Krieg zu verkürzen, aber Teuerung und soziale Notlagen in allen Ländern verstärken. Das neutrale Österreich hätte aber die Aufgabe, sich für Verhandlungen stark zu machen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden und eine neue Friedensordnung in Europa zu entwickeln. Wir stehen auf gegen den Krieg als Mittel der Politik, für Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa.

5. Gemeinsam können wir etwas ändern

Machen wir den 1. Mai in Graz zu einem Zeichen der Hoffnung auf Veränderung, einem Zeichen gegen Armut und Ausbeutung, gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, gegen die Aushöhlung unserer Neutralität, gegen Umweltzerstörung und für eine Welt der Solidarität, der Gleichberechtigung, des Friedens und des Sozialismus.

Dazu lädt die KPÖ Steiermark bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai alle Menschen ein, sich mit uns für leistbares Wohnen, höhere Löhne und Gehälter, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose gute Bildung, für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen und für Frieden ohne Waffen einzusetzen.

Los geht's um am 1. Mai in Graz 10 Uhr am Mariahilfer Platz mit der Demonstration zum Eisernen Tor. Ab 13 Uhr Maifest im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.



**WOHNEN
DARF NICHT
ARM MACHEN!**

**1. MAI
DEMONSTRATION
IN GRAZ**

10 Uhr * Mariahilfer Platz

MAI-FEST

ab 13 Uhr * Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Charlie & die
Kaischlabuam**

**CHOR:
SoSamma**



**STIMMGEWITTER
AUGUSTIN**

Eintritt frei!
Internationale Küchenstraße!
Bei jedem Wetter!

**Sie haben
ein Anliegen?**

Wir sind für Sie da!



0316/877 5104

KPÖ-Landtagsklub

Wohnen darf nicht arm machen!

Die steigenden Wohnkosten stellen immer mehr Menschen vor existenzielle Probleme. Miete, Heizung, Strom und Betriebskosten: eine Teuerung folgt auf die nächste. Viele Menschen wünschen sich eine Eindämmung der Wohnkosten. Sowohl Bundes- als auch Landesregierung bleiben aber wirksame Maßnahmen schuldig. Anstatt die letzte Mieterhöhung auszusetzen hat die Bundesregierung eine Beihilfe für jeden Haushalt beschlossen, die aber nur einen Bruchteil der Teuerung ausgleicht. Die Inflation wird so weiter angekurbelt.

Viele Menschen mit unterdurchschnittlichen Löhnen werden von dieser Beihilfe nicht mehr erfasst. Die steirische



Hohe Betriebskosten verteuern das Wohnen zusätzlich.

Landesregierung nimmt die steigenden Wohnkosten tatenlos hin.

Die Wohnbeihilfe bzw. Wohnunterstützung wurde seit

zwölf Jahren nicht erhöht, obwohl Mieten und Betriebskosten im selben Zeitraum um über 40 Prozent gestiegen sind. Es wird für viele immer schwieriger, mit

dem Geld auszukommen. Seit vielen Jahren wird es von Bundes- und Landesregierung verabsäumt, bei den Wohnkosten eine Grenze einzuziehen. Die Menschen fühlen sich im Stich gelassen – dabei gäbe es zahlreiche Vorschläge, wie man die Preissteigerung bekämpfen und die Folgen nachhaltig abfedern könnte.

Deshalb braucht es viele Stimmen, die sich für ein leistbares Wohnen stark machen!

Die Teuerung ist kein Naturgesetz. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass die Wohnkosten niemanden mehr an den Rand der Existenz bringen.

Helfen Sie mit, dafür möglichst viele Unterschriften zu sammeln!



Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen. Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen können.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für Bezieher der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen an die Bundesregierung.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte per Post an *KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz* schicken oder im KPÖ-Landtagsklub, im Volkshaus in der Grazer Lagergasse 98a oder in Ihrem KPÖ-Büro vor Ort abgeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Kontaktinformationen: Telefon: 0316 877-5104 | E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at | Webseite: www.kpoe-steiermark.at